Stadt Gütersloh

Der Bürgermeister

B e r a t u n g s e r g e b n i s

der 15. öffentlichen Sitzung des Rates am 27.11.2015

9. Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 28.08.2015 zur Freifunk-Unterstützung sowie Ergebnis der Prüfung zusätzlicher städtischer Standorte
-DS-NR.: 357/2015-

BM Schulz legt dar, dass der Rat am 28.08.2015 mehrheitlich den Beschluss gefasst habe, zeitnah zusammen mit der Bürgerinitiative Freifunk Gütersloh die Versorgung des Rathauses (insbesondere der öffentlichen Wartebereiche wie z. B. Bürgerbüro) sowie der Kultur Räume zu realisieren. Des Weiteren sollte geprüft werden, welche zusätzlichen städtischen Standorte – auch in der Nähe von oder an den Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber – sich für eine kurzfristige Realisierung eigneten.
Die Mitteilungsvorlage erläutere das Ergebnis dieser Prüfung.
Sollte die Auffassung vertreten werden, die Flüchtlingsnotunterkünfte in Friedrichsdorf und Spexard und auch den Berliner Platz ebenfalls mit WLAN der Bürgerinitiative Freifunk auszustatten, bedürfe es eines entsprechenden Antrages und Beschlusses, damit die Verwaltung aktiv werde.

Herr Ostermann (SPD) stellt diesen entsprechenden Antrag.
Frau Niemann-Hollatz (GRÜNE) unterstützt den Antrag, auch die anderen Orte mit WLAN auszustatten.

Auf Nachfrage von **Herrn Morkes (BfGT)** erläutert **Herr Dr. Kremer**, dass die unterschiedlichen Einmalkosten von der Anzahl der zu installierenden Freifunk-Router und der Einrichtung eines DSL-Anschlusses abhängig seien.
Herr Reese (LINKE) bittet, wenn es nicht zu viel Arbeit mache, dem Protokoll eine detaillierte Kostenaufstellung beizufügen (siehe Anlage).

Herr Stenkamp (BfGT) erkundigt sich, warum Freifunk nicht auf die vorhandenen Router zurückgreifen könne.
BM Schulz antwortet, dass es z.T. keine DSL-Anschlüsse in den Sporthallen gebe und Freifunk aus Sicherheitsgründen nicht an das hausinterne IT-Netz angebunden werden sollte.

Frau Kohlmeyer (SPD) regt an, auch die Flüchtlingsunterkunft in der Sporthalle Nord mit WLAN zu versorgen.
BM Schulz weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Unterkunft für dauerhaft zugewiesene Flüchtlinge handele. Er gibt zu bedenken, dass es zu Unmut bei anderen Empfängern von Transferleistungen führen könnte, wenn für Flüchtlinge ein höherer Standard eingerichtet würde als für andere Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.
Herr Morkes (BfGT) sieht keinen Verstoß gegen eine Gleichbehandlung, weil es genügend Unterkünfte in der Innenstadt gäbe, wo WLAN vorhanden sei.
BM Schulz erwidert, dass viele Bürger in der Umgebung der Unterkünfte im Außenbereich bereit seien, wegen des WLANs weiter zu helfen.

Herr Kottmann (CDU) erinnert an die rechtlichen Konsequenzen und an die Alternativen, die im Hauptausschuss aufgezeigt worden wären und die die haftungsrechtlichen Risiken ausgeschlossen hätten. Die CDU-Fraktion sei nicht gegen einen vereinfachten Zugang zum Internet, aber könne eine Freischaltung, die solche Risiken juristischer und haftungsrechtlicher Natur nach sich ziehen könnte, nicht befürworten und werde sich enthalten.

BM Schulz erklärt, dass er gegen den Antrag stimmen werde. Es sei wichtig, WLAN im öffentlichen Raum voranzutreiben. Aber aus seiner Sicht sei es zumutbar, sich einmalig zu registrieren oder Nutzungsbedingungen zu akzeptieren.

Beschluss:

Für die Flüchtlingsnotunterkünfte in Friedrichsdorf und Spexard und für den Berliner Platz soll zusammen mit der Bürgerinitiative Freifunk Gütersloh WLAN eingerichtet werden.

Ergebnis:
Beschlossen mit
28 Ja-Stimme(n) (14 SPD, 6 GRÜNE, 6 BfGT, 2 LINKE)
3 Nein-Stimme(n) (UWG, BM)
19 Stimmenthaltung(en) (CDU)